

Niederschrift zur 1. Sitzung des Regionalausschusses Bremen-Nord, am 25. September 2019, um 19:00 Uhr im Saal des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses, Kirchheide 49, 28757 Bremen.

Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:40 Uhr
Vorsitzender: Herr Dornstedt
Schriftführer: Herr Sell

Tagesordnung:

1. Konstituierung des Ausschusses
2. Beschlussfassung über die Geschäftsordnung* (als Anlage beigefügt)
3. Wahl einer Sprecherin / eines Sprechers
4. Wahl einer stellv. Sprecherin / eines stellv. Sprechers
5. Grundsatzfragen des öffentlichen Personennahverkehrs im Bremer Norden
 - Situation NordWestBahn
 - Liniennetz der BSAG

Anwesende Mitglieder: (*kursiv = mit beratender Stimme*)

Blumenthal:

Susanne Weidemann
Hans-Gerd Thormeier
Natascha Runge
Tina Bothe-Stolle

Entschuldigt: *Niels Petersen, Andreas Menzel, Hartmut Schurr*

Burglesum:

Maren Wolter
Martin Hornhues
Dirk Schmidtman
Rainer Tegtmeier
Pius Heeremann
Harald Rühl

Ve gesack:

Heike Sprehe
Torsten Bullmahn
Michael Alexander für Christoph Schulte im Rodde
Gordon Wirth
Kyra Behrje
Günter Kiener
Marvin Mergard
Eyfer Tunc

Sonstige Teilnehmer:

Florian Böhlke (*Ortsamt Burglesum*)

Peter Nowack (*Ortsamt Blumenthal*)

Michael Rode, *Angebotsplaner bei der Bremer Straßenbahn AG*

Dr. Maike Schäfer, *Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau*

Christoph Lankowsky, *Referatsleiter Schienenverkehr bei der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau*

Hartmut Körbs, *Geschäftsführer der Nordwestbahn*

Robert Palm, *Leiter Regio-S-Bahn Bremen*

VertreterInnen der Medien

Herr Dornstedt begrüßt die Anwesenden, stellt fest, dass die Einladung die Teilnehmer ordnungsgemäß erreicht hat. Des Weiteren stellt er die Gäste vor. Diese sind Dr. Maike Schäfer und Christoph Lankowsky von SKUMS, Hartmut Körbs und Robert Palm von der NWB, sowie Michael Rode von der BSAG. Außerdem begrüßt er Florian Böhlke, Ortsamtsleiter in Burglesum, sowie Peter Nowack, Ortsamtsleiter in Blumenthal.

Herr Dornstedt erklärt, dass aus jedem Beiratsbereich jeweils drei stimmberechtigte Mitglieder im Regionalausschuss vertreten sind.

Die Geschäftsführung für den Regionalausschuss übernimmt im ersten Drittel der Legislaturperiode das Ortsamt Vegesack. Im zweiten Drittel wird dann das Ortsamt Blumenthal übernehmen und zum Schluss übernimmt das Ortsamt Burglesum.

Herr Hornhues trägt einen Antrag der drei Beiratssprecher im Norden vor, in dem die Verkehrsbehörde aufgefordert wird, im Rahmen der Überarbeitung der Stellplatzverordnung zu prüfen, inwieweit es Anpassungen in Gewerbe- und Wohngebieten geben muss, um genügend Stellplätze zur Verfügung stellen zu können.

Herr Dornstedt stellt fest, dass es dazu noch keine Beschlusslage in den Nordbremer Beiräten gibt und schlägt vor, den Antrag erst in den Beiräten beraten zu lassen, ehe der Regionalausschuss dazu einen Beschluss fasst. Das wird vom Regionalausschuss so beschlossen.

Die Tagesordnung wird mit 9 Ja-Stimmen, Null Nein-Stimmen und keiner Enthaltung genehmigt.

1. Konstituierung des Ausschusses

Herr Dornstedt stellt die Konstituierung des Regionalausschusses fest.

2. Beschlussfassung über die Geschäftsordnung

Herr Dornstedt stellt fest, dass keine Änderungsvorschläge zur Geschäftsordnung eingegangen sind.

Die Geschäftsordnung wird mit 9 Ja-Stimmen, Null Nein-Stimmen und keiner Enthaltung genehmigt.

3. Wahl einer Sprecherin/ eines Sprechers

Herr Dornstedt erklärt, dass der Sprecher immer aus dem Beirat kommt, dessen zuständiges Ortsamt derzeit die Geschäftsführung für den Regionalausschuss übernimmt. Dies wäre momentan das Ortsamt Vegesack. Herr Bullmahn wird als Kandidat vorgeschlagen.

Herr Bullmahn nimmt die Wahl an und wird mit 9 Ja-Stimmen, Null Nein-Stimmen und keiner Enthaltung zum Sprecher des Regionalausschusses gewählt.

4. Wahl einer stellv. Sprecherin/ eines stellv. Sprechers

Herr Dornstedt erklärt, dass der stellvertretende Sprecher aus dem Beirat kommt, dessen Ortsamt die Geschäftsführung im nächsten Drittel der Wahlperiode übernimmt. Dies wäre das Ortsamt Blumenthal. Herr Thormeier wird als Kandidat vorgeschlagen.

Herr Thormeier nimmt die Wahl an und wird mit 9 Ja-Stimmen, Null Nein-Stimmen und keiner Enthaltung zum stellvertretenden Sprecher des Regionalausschusses gewählt.

5. Grundsatzfragen des öffentlichen Personennahverkehrs im Bremer Norden

Herr Dornstedt erklärt vorab den Ablauf der Diskussion. Erst sollen die Referenten die Gelegenheit bekommen, sich zu den im Voraus gestellten Fragen aus den Beiräten zu äußern. Danach können die Mitglieder des Regionalausschusses in die Diskussion einsteigen und im Anschluss dürfen sich dann auch die anwesenden Bürger aus dem Publikum zu Wort melden. Frau Schäfer beginnt mit ihren Ausführungen. Dabei betont sie, dass eine attraktive Verkehrsanbindung durch den ÖPNV eine Grundvoraussetzung sein sollte. Auch im Bremer Norden. Über Jahre lief die Zusammenarbeit mit der NWB gut. Deshalb sei es schade, dass es nun zu solchen Komplikationen kommt. Nun müsse man sehen, wie man Ziele formuliert, um den Betrieb wieder vollumfänglich gewährleisten zu können. Derzeit werde von der Behörde zudem geprüft, inwiefern Fahrkostenerstattungen für die Zugausfälle gewährt werden können. Sollte es dazu kommen, könnten immerhin die Nutzer mit einem Monats- oder Jahresticket finanziell entschädigt werden. Dennoch betont sie, dass es besser wäre, wenn die NWB endlich wieder Verlässlichkeit herstellen könne.

Insgesamt habe die NWB nun eine Strafzahlung in Höhe von 1,5 Millionen € an die Stadt Bremen geleistet, aufgrund der Vertragsverletzung.

Frau Schäfer wünscht sich zudem eine bessere Kommunikation bei Zugausfällen. Es sollten frühzeitiger und transparenter Informationen an die Nutzer gegeben werden, dies würde zumindest ein gewisses Verständnis für die Ausfälle ermöglichen.

Auch durch den Vorrang des Güterverkehrs vor Personenverkehr kommt es zu vielen Ausfällen und Verspätungen. Deshalb möchte Frau Schäfer den Ausbau des dritten Gleises am Bahnhof Burg voranbringen. Dies würde eine Entlastung für den Personenverkehr bedeuten.

Herr Körbs, Geschäftsführer der NWB, bittet für die derzeitigen Probleme vielmals um Entschuldigung. An der aktuellen Situation gebe es leider nichts schön zu reden.

Das bisher bestehende Ersatzkonzept müsse aber vorerst trotzdem beibehalten werden, da alle möglichen Lösungen erst langfristig Abhilfe schaffen können. Die Ausbildung von neuem Personal dauere nun mal seine Zeit. Es seien aber mittlerweile gut 2,5 Millionen € in die Ausbildung investiert worden und die Bewerberlage sei günstig, so Körbs.

Herr Palm geht noch einmal kurz auf die Zusammenhänge ein, die im letzten halben Jahr zu diesem Kollaps geführt haben. Das Ersatzkonzept sehe nun vor beispielsweise das Kuppeln in Vegesack sein zu lassen, damit weniger Personal für einen Zug benötigt wird. In Zukunft sei es zwar noch nicht möglich die gewohnten Leistungen zu erbringen, man möchte aber auch bei den Zwischentaktzügen die Züge vergrößern, sodass wieder mehr Fahrgäste Platz finden können. Das soll vor allem auch während der Freimarktzeit für etwas Entlastung sorgen.

Herr Rode berichtet, dass die BSAG mit der aktuellen Situation sehr zufrieden sein kann. Lediglich die Linie 90, die sich aufgrund der Teilspernung der Lesumbrücke ständig verspätet sei ein Problem, bei dem man aber leider nichts ausrichten könne. Nachdem die BSAG das Liniennetz im Jahr 2015 optimiert hat, hat man Jahr für Jahr festgestellt, dass diese Optimierung etwas zu viel des Guten war und ab 2019 wieder etwas nachgebessert. Der Verkehr liefe nun flüssig und die Fahrgastzahlen steigen stetig, so Rode. Lediglich am Bahnhof Burg sei die Anschlusssituation nicht zufriedenstellend. Dies liegt aber vor allem daran, dass man nicht alle drei Umsteigebahnhöfe gleichermaßen an die Zuganschlüsse anpassen kann, deshalb funktioniert das momentan lediglich in Vegesack und Blumenthal. Für eine Verbesserung müsste die Stadt Bremen den Mehraufwand bezahlen.

Herr Bullmahn kritisiert die mangelnde Ehrlichkeit und Transparenz bezüglich der aktuellen Situation mit der Nordwestbahn und bedauert, dass die einzige Alternative für Pendler das Auto ist, was sich durch die Teilspernung der Lesumbrücke auch nicht als optimal herausstellt.

Zudem lobt er Frau Schäfers Einwand, dass die Informationen über Zugausfälle bei allen beteiligten besser kommuniziert werden müssen.

Frau Sprehe kritisiert die schlechte Leistungserbringung der Nordwestbahn. Es sei ein Unding, dass die Nutzer dafür den vollen Preis zahlen müssen und hofft, dass Entschädigungen möglich sein werden.

Zudem fordert sie für eine bessere Anbindung der Menschen in Hammersbeck die Linie 99 zurück.

Herr Schmidtmann kritisiert, dass es keine Fahrgastinformationen in Echtzeit gegeben hat und viele Bürger kurz vorher nicht einmal wussten, ob der Zug noch fährt oder nicht.

Herr Heeremann wundert sich, warum es der NWB nicht möglich ist genügend Personal auszubilden um, in Bremen-Nord einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten. Er schildert, dass es zudem sehr oft vorkam, dass Fahrgäste nicht mehr in die Züge passten, da diese viel zu kurz und überfüllt waren. Er hofft, dass zumindest zur Freimarktzeit niemand auf dem Bahnsteig stehen bleiben muss.

Frau Behrje fragt, wofür das Geld verwendet wird, dass von der NWB als Strafe für den Vertragsbruch an die Stadt gezahlt wird.

Frau Schäfer erklärt, dass das Geld in das Budget für den ÖPNV-Ausbau fließt. Dadurch werden unter anderem der Aus- und Neubau von Bahnsteigen und die Bereitstellung von Ersatzfahrzeugen finanziert.

Herr Dornstedt gibt nun den anwesenden Bürgern die Gelegenheit sich zu äußern. Bürger A bemängelt, dass für Menschen mit Beeinträchtigungen nur selten genug Platz vorhanden ist in den Bahnen. Er meint, die Privatisierung habe einen schlechten Einfluss auf die Bürgerfreundlichkeit gehabt.

Bürgerin B kritisiert, an die BSAG gerichtet, dass die Linie 99 trotz des Sammelns von fast 2000 Unterschriften eingestellt worden ist. Dies sei für viele ältere Menschen in Hammersbeck eine erhebliche Verschlechterung der Verkehrsanbindung.

Herr Rode entgegnet dem, dass sich die Linie als unwirtschaftlich herausgestellt habe. Eine Reaktivierung würde Mehrkosten verursachen, die die Stadt Bremen bereit sein muss zu zahlen.

Bürger C, Inhaber eines Geschäftes in Vegesack, muss sogar über eine Schließung nachdenken, da durch den Ausfall der Züge morgens sein Personal aus der Stadt zu spät kommt und er deshalb doppeltes Personal vorhalten muss, um den Betrieb zu gewährleisten. Er habe die Öffnungszeiten deshalb sogar schon anpassen müssen, das reicht aber nicht aus.

Bürger D kritisiert ebenfalls, dass Menschen mit Beeinträchtigungen kaum mehr Platz in der Bahn finden, dies gelte allerdings auch für Busse. Zudem seien die Behindertenplätze in den Bussen an Stellen, die Bürger D als wenig sinnvoll erachtet. Herr Rode stimmt Bürger D zu, der Platzmangel sei ein Problem, das auch der BSAG bereits aufgefallen ist. Man ist bemüht dort Abhilfe zu schaffen, so Rode. Zu den Behindertenplätzen meint Herr Rode, dass diese immer mit den Schwerbehindertenverbänden abgestimmt seien.

Herr Dornstedt unterbricht die Sitzung um 21:20, damit die Regionalausschussmitglieder einen Beschluss formulieren können.

Herr Dornstedt nimmt die Sitzung um 21:37 wieder auf.

Herr Bullmahn liest folgenden Beschlussvorschlag vor, welcher mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und ohne Enthaltungen beschlossen wird:

„Der Regionalausschuss Bremen-Nord fordert die NWB auf:

1. Die angekündigten Verbesserungen unverzüglich umzusetzen sowie die personalbedingten Ausfälle abzustellen, um schnellstmöglich den vertraglich vereinbarten Verpflichtungen wieder vollumfänglich nachzukommen.

2. Sie SKUMS wird aufgefordert, die Planung des 3. Gleises mit dem Bund weiter voranzutreiben und die Digitalisierung der Strecke Vegesack-Burg-Hbf zügig abzuschließen. Hierfür sind die notwendigen Mittel einzufordern.

3. Die Fahrgastinformationen sind mit den Anbietern NWB, DB, BSAG zeitnah zu entwickeln. Es müssen Radiomitteilungen der regionalen Sender, über das Internet und Durchsagen an Bahnsteigen sowie in Bussen und Bahnen als Fahrgastinformationen umgesetzt werden.

4. Die enge Überwachung und Einhaltung des bestehenden und des zukünftigen Vertrages sowie eine frühzeitige Einleitung in mögliche Mahnverfahren sind zu gewährleisten.

5. Die hoffentlich weniger werdenden Strafzahlungen sind dahin zu leiten, wo die Störungen angefallen sind. Die Kunden müssen unmittelbarer profitieren.

6. Die mit der BSAG angesprochenen Probleme wie das Umsteigen am Bf Burg, die Wiedereinführung der BSAG Linie 99 ist vorzunehmen. Außerdem ist eine Verbindung zwischen Farge – Neuenkirchen für den Personenverkehr einzurichten.

Zu berücksichtigen sind körperlich beeinträchtigte Personen, z.B. auch Personen mit Kinderwagen etc. Es ist eine angebotsorientierte und flexible Lösung zu finden und die benötigten Haushaltsmittel sind hierfür bereits in den nächsten Haushaltsplanungen einzustellen.

7. Die Zahlungen der NWB aus Vertragsverletzungen sind dem Nutzer zuzuführen“

Herr Dornstedt schließt die Sitzung um 21:40 Uhr.

gez. Dornstedt
Vorsitz

gez. Sell
Protokoll

gez. Bullmahn
Ausschussprecher